

Volksrecht

Die Bismarck, erscheint wöchent-
lich einmal am Sonnabend.
Bringspreis monatlich 35 Pf.,
vierteljährlich 1,00 Mk., einschließl.
Zustellungs- und Porto. In den Abholstellen
monatlich 30 Pf. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,02 Mk.
ausschließlich Bestellgeld. Einzel-
nummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die gespaltene Zeile 25 Pfg.
für auswärts 30 Pfg., die zwei-
spaltige Reklamezeile 50 Pfg. Be-
heimmarkt und Wohnungsanzeigen
10 Pfg. Anzeigen mit Tagesbestim-
mung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt
laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 29

Danzig, Sonnabend den 22. Juli 1916

7. Jahrgang

Deutsche Seefahrt und Krieg

Für wirtschaftlich denkende Menschen gab es in den letzten Wochen neben den gewaltigen Vorgängen auf allen Fronten eine Mitteilung von überragender Bedeutung, die der Generaldirektor Ballin der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrtaktiengesellschaft über die Schiffshäuten der deutschen großen Reedereien machte: Die Hamburg-Amerika-Linie baut gegenwärtig den Bismarck, das größte Schiff der Welt, von 56 000 Tonnen, ferner das Turbinenschiff Tirpitz von 32 000 Tonnen und noch drei Schiffe von je 22 000 Tonnen auf der Kaiserwerft. Bei Bremen sind nicht weniger als neun Dampfer im Bau, von denen vier mit 18 000 Tonnen Tragfähigkeit die größten Frachtdampfer der Welt werden. Auf der Hensburger Werft haben wir drei große Passagier-Frachtdampfer im Bau. Weiter bestellen wir vor einigen Tagen noch zwei Schiffe von je 13 000 Tonnen. Bei Tecklenburg in Geestemünde wurden zwei Frachtdampfer von je 17 000 Tonnen für den Verkehr durch den Panamakanal gebaut. Die Hamburg-Südamerika-Linie baut in dem Schiff Kap Polonio ein bedeutend verbessertes Schwertschiff des als Hilfskreuzer bekannten Kap Trafalgar. Der Norddeutsche Lloyd baut in Danzig zwei Schnell dampfer, Columbus und Hindenburg, von je 35 000 Tonnen, ferner München und Zeppelin, von je 16 000 Tonnen, zwölf weitere Schiffe von je 12 000 Tonnen. Die Afrika-Linie baut sechs, die Hansa-Linie acht, die Kosmos-Linie zehn Schiffe, deren Größe zwischen 9000 und 13 000 Tonnen schwankt.

Schiffe äußerster Abmessung werden also in großer Zahl von allen deutschen Schiffsgesellschaften hergestellt, um nach dem Kriege Deutschlands Waren nach den Küsten aller Meere zu verschifften. Das ist ein Zeichen höchster Zuversicht und erstaunlicher Kraft des deutschen Kapitalismus. Während dieses Krieges hat kein Erwerbszweig unseres Wirtschaftsgebietes so schwer gelitten, als gerade unsere transatlantische Seefahrt. Die deutsche Flagge, die nach der englischen am meisten auf den Welt handelsstraßen der Meere gesehen wurde, ist verschwunden. Die ungeheuren Werte, die in unserer Handelsmarine stecken, sind statt eines heftigen, ein jenseitiges Kapital geworden. Sie tragen nicht nur keine Zinsen, es müssen Gehälter, Löhne, Erhaltungs- und Reparaturkosten, Hafengebühren bezahlt werden, obgleich diese Schiffe gar nichts eintragen. Dabei veralten sie, und trotz ihrer Nichtverwendung müssen sie ähnlich, wenn auch nicht gleich wie in Friedenszeiten, abgeschrieben werden. Portugal, Italien haben im späteren Verlaufe des Krieges, England, Frankreich, Rußland und Japan gleich zu Beginn des Krieges deutsche Schiffe beschlagnahmt. So manche sind auch in verschiedener Weise dem Kriege zum Opfer gefallen.

Aber nicht Kleinmut und Verzweiflung ist aus all diesen Tatsachen erwachsen, aller Wahrscheinlichkeit nach werden nach dem Kriege die deutschen Schiffsgesellschaften über einen ähnlichen Schiffsraum verfügen wie vor dem Kriege und über bessere Schiffe, über modernere und rentablere als vor dem Kriege.

Das sind an sich wichtige Tatsachen, sie lassen aber auch Schlüsse zu auf die von Deutschland in Aussicht genommene Handelspolitik nach dem Kriege. Die Pflege der Ausfuhr, die Wiederaufnahme der weltwirtschaftlichen Beziehungen, ja die starke Konzentration unserer Wirtschaftspolitik in dieser Richtung kann nur von Deutschland erstrebt werden, wenn die sicher wohlfürmieren großen Banken und Schiffahrtsgesellschaften trotz aller während des Krieges dagegen sprechenden Gründe ganz gewaltige Kapitalien in den Schiffsbau während der Kriegszeit stecken. Wenn im Jahre 1919 die keesahrenden Nationen die hundertjährige Wiederkehr des revolutionären Tages begehen werden, an dem das erste Dampfschiff den Ozean durchquerte, das freilich zwanzig Tage zu der Fahrt von Liverpool nach Newyork brauchte, da wird Deutschlands Handelsmarine nach der englischen wieder in der vordersten Reihe stehen. Und Deutschland wird auch dann auf den ganz gewaltigen technischen Fortschritt hinarbeiten können, den sein sehr spät einsetzender Bau von Dampfschiffen aufzuweisen hatte. Man wird dann auf den „Bismarck“ verweisen, auf das nun im Bau begriffene größte deutsche Handelschiff, das kaum bis dahin von den Engländern oder sonst einer Nation überholt sein wird. Als 20 Jahre, nachdem das erste Dampfschiff die Fahrt von Englands Küste an die amerikanische wagte, der erste Schraubendampfer gebaut wurde, erreichte er nicht annähernd 1000 Tonnen, und der „Bismarck“ wird ein Schiff sein von 56 000 Tonnen. Wie wird er gewaltig aufstehen in der Flotte der Hamburg-Amerika-Linie; wie eine Fußgängertruppe neben ihm erscheinen der erste Segler dieser Gesellschaft, der ein Vollschiff von 700 Tonnen war. „So groß für damalige Zeiten, daß an der ganzen Ostsee keine Offerte für diesen Bau zu erhalten war“.

Wir werden in den Frieden eintreten mit einer großen Handelsflotte. Ja, aller Vermutung nach wird der Bestand unserer Flotte nicht mehr ganz so groß sein von der englischen als im Jahre 1913, wo die englische Handelsflotte zwölf Millionen Tonnen, die deutsche zwei und vier Fünftel Millionen Tonnen aufwies. Die englischen Handelschiffe haben durch den Krieg außerordentlich gelitten. Ein nicht unerheblicher Teil ist verloren gegangen, fast alle wurden durch den Krieg in ganz ungeheurer Weise abgenutzt. Es fehlt zwar nicht an Neubauten, doch sollen sie nur langsam vor sich gehen. Schon vor dem Kriege hatte Deutschland die beiden größten Reedereien der Welt, erst nach der Hamburg-Amerika-Linie mit 142 Seeschiffen und 1,2 Millionen Tonnen Schiffsgehalt und dem Norddeutschen Lloyd mit 133 Schiffen und 821 000 Tonnen Gehalt folgte die Ellermann-Linie in London mit 127 Schiffen und 536 000 Tonnen Gehalt. Aufgebracht wurden wenige von den deutschen Schiffen, aber manche mußten sonst geopfert werden, doch die großen Schiffbauten dürften einen qualitativ erheblichen und quantitativ ausreichenden Ausgleich schaffen.

Unsere deutschen Reedereien sind gerüstet für den Frieden und sie zweifeln nicht, daß der durch den Krieg unterbundene Export nach dem Kriege, trotz aller Boykottandrohungen aus Paris, wieder gedeihen und bald zu der alten Lebhaftigkeit anwachsen wird. Gerade in Danzig sind wir an diesen Ausfuhrmöglichkeiten in der lebhaftesten Weise interessiert. Die große technische Anpassungsfähigkeit, die hohen Leistungen der Arbeiter, die kommerzielle Gewandtheit und die Kenntnis der Bedürfnisse des Weltmarkts und jedes einzelnen Volkes lassen uns erhoffen, daß Deutschland trotz aller Schwierigkeiten seine wirtschaftliche Machtstellung wieder erlangen wird. Auch unsere Gegner sind heute kaum mehr des Glaubens, daß sie Deutschlands Handels- und Industrieleistung in der Welt zurückschrauben können auf den Stand von 1870.

Warnung!

Es gehen Leute im Lande herum, die den Generalstreik predigen.

Draußen, an unendlichen Fronten, stehen Russen, Engländer, Franzosen. Sie wollen im Herbst in Deutschland sein. Das scheint uns sinnlos, unmöglich. Ihnen nicht! Denn sie stehen mindestens zwei gegen einen. Ueber See, aus Amerika, aus Japan strömen ihnen ungeheure Mengen von Lebensmitteln und Schießbedarf zu, während wir auf das angewiesen sind, was wir daheim haben und erzeugen können. Das sieben-tägige Trommelfeuer der Engländer war mörderisch; die Ueberlegenheit der englischen Artillerie wird in deutschen Berichten zugegeben.

Was bleibt uns? Woher die Zuversicht, das nirgends auch nur im geringsten erschütterte Vertrauen, daß alles Dröhnen und Rütteln, alles Wüten und Loben vor den Toren des Reiches vergeblich sein wird? Wir bauen auf unsere Organisation, auf das reibungslose Funktionieren aller Teile und Teilchen des ungeheuren Mechanismus, das uns unsere Gegner in ähnlicher Vollendung nicht nachmachen können. Darin liegt die unüberwindliche Stärke unserer Verteidigung!

Das wissen auch die Gegner. Darum haben sie ihre Hoffnung auf die Desorganisation, die innere Zerrüttung des Reiches gestellt. Doppelt so stark wie wir, sind sie doch nicht stark genug! Sie suchen Bundesgenossen hinter der Front!

Jetzt ein tüchtiger Generalstreik — dann schaffen sie es! Die Lebensmittelversorgung, mit der es ohnehin seine Schwierigkeiten hat, wird ganz unterbunden. An Stelle der Unterernährung, die still durch die Gassen schiebt, schreit dann der nackte Hunger auf allen Straßen. Und die Soldaten draußen kriegen keine Munition. Da las man in ausländischen Zeitungen, wie deutsche Truppenteile, die abgeschnitten waren und sich verschossen hatten, wie die Hasen zusammengeknallt wurden. Wer in Deutschland wünscht dies Schauspiel, das sich im kleinen abgespielt haben soll im großen, als Welttragödie, wiederholt zu sehen?

Das alles ist ein türlich gellender Wahnsinn. Der Generalstreik im Krieg, im entscheidenden Augenblick des Krieges, ist etwas vollkommen Unmögliches! Die deutschen Arbeiter sind politisch reif genug, um den Zusammenhang der Dinge zu überblicken. Sie machen keinen Generalstreik, um den Untergang ihrer Kameraden draußen herbeizuführen. Sie machen keinen Generalstreik für den Jaren!

Ließen sich vereinzelte und undisziplinierte und verständnislose Elemente dazu verleiten, kleine Experimente in dieser Richtung zu unternehmen, so wäre das noch kein Grund, nervös zu werden. Die Generalstreikapostel können vielleicht Unglück, sehr viel Unglück im kleinen stiften, aber nicht im großen. Die

Masse der deutschen Arbeiterschaft, die durch die Schule der sozialdemokratischen Partei gegangen ist und eben darum nicht auf jedes tönende Schlagwort blindlings hineinfällt, hat für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes tiefes Verständnis. Sie wird sich keinesfalls mit der geschichtlichen Schmach beladen, ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken gefallen zu sein.

Den wenigen aber, die den Forderungen verdächtiger Agenten nicht ganz taub sind, sei gesagt: Laßt euch nicht einreden, daß ihr durch die Propaganda des Generalstreiks den Frieden herbeiführen könnt! Was ihr herbeiführen könntet, wenn ihr die Kraft dazu hättet — aber ihr habt sie glücklicherweise nicht! — das ist die zerschmetterte Niederlage Deutschlands, der Tod unzähliger Kameraden, das Eindringen der Gegner ins deutsche Land, die Unterwerfung des überwältigten, zu Kriegskontributionen gezwungenen deutschen Volkes unter eine endlose Hungertochter.

Ihr könnt nichts erreichen als euer eigenes Unglück und das Unglück derer, die sich von euch verleiten lassen! Bringt es nicht so weit, daß das Volk, das um seine Verteidigung kämpft, sich auch gegen euch wehren muß! Hütet euch!

Kriegsnachrichten

Die westlichen Kämpfe

Sollten den feindlichen Mächten nach ihren Wünschen den Erfolg bringen, daß das am 14. Juli zur Erinnerung an die Erstürmung der Pariser Bastille begangene französische Nationalfest mit einem großen Siege über die Deutschen gefeiert werden könnte. Dieser Sieg ist ausgeblieben. Die große Offensive hat sich, wenn auch noch immer zähe und sehr opferreiche Kämpfe stattfinden, in der Hauptsache als verfehlt erwiesen. Nichts ist so wertend als das Kriegsglück. Trotzdem ist sicher, daß Deutschland der Einbruch an der Westgrenze, der seit vielen Monaten durch Riesenansammlungen von Munition und Menschen auf gegnerischer Seite vorbereitet worden ist, erspart bleiben wird.

An der östlichen Front

Sind die Russen im Südosten durch die Bukowina bis zu den Karpaten gelangt. Wieder wird dort geringen, wo es schon vor einer Anzahl Monate schwere Kämpfe gab.

Heftige Angriffe der Russen gegen die Hindenburgfront in der Nähe von Riga haben ihnen nur weitere riesige Opfer gekostet, aber den gewünschten Fortschritt nicht gebracht.

Die Türken sind gegen die Russen auf den asiatischen Kriegsschauplätzen weiter glücklich gewesen.

Ein Schweizer Urteil über die Kriegslage

Der Berner „Bund“ schreibt u. a. zur Kriegslage: Die deutsche Heeresleitung hat jetzt im Osten und Westen Aufgaben zu lösen, die ihr bisher in solcher Dringlichkeit und Vielfältigkeit gleichzeitig noch nie gestellt worden sind. Um so erstaunlicher ist die Kraft und Ruhe, die Deutschland in seiner strategischen Defensive zeigt, die immer noch vom operativen Gedanken vergeistigt erscheint. Nie war der Friedensgedanke lebhafter als jetzt angefaßt der ungeheuren Verluste, die auf allen Seiten von allen kriegführenden Parteien getragen werden müssen. Nie war aber auch die Verwirklichung des Friedens unwahrscheinlicher als in diesem Augenblick, da die Zentralmächte in angespanntester Verteidigung stehen und die Entente das Geseh des Handfessels endgültig an sich zu reißen hofft. Dazu gehört indes nicht nur die Entfesselung, sondern auch die glückliche Durchführung der Generaloffensive. Eine Lösung dieses Problems ist noch keineswegs sichergestellt. Winkelt die Offensive der Entente oder bleibt sie unterwegs liegen, so kehrt die Gurre der Verhältnisse endgültig zu den Zentralmächten zurück. Den an der Peripherie in Neutralität verharrenden Staaten, vor allem Holland und der Schweiz, ist unter diesen Umständen militärische Bereitschaft doppelt notwendig, denn je nach dem Gang der Dinge ist ein Debordieren der Kriegshandlungen nicht absolut ausgeschlossen.

— Deutsch-italienischer Konflikt

Als Gegenmaßregel wider die Verweigerung der Auszahlung von Versicherungsgeldern der italienischen Behörden an deutsche Arbeiter hat nunmehr Deutschland die Auszahlung der Renten an italienische Arbeiter eingestellt. Hierzu wird aus Bern unterm 16. Juli gemeldet:

Zur Einstellung der Rentenauszahlung durch Deutschland schreibt „Avanti“: Wir verhehlen uns nicht die Schwere dieser Nachricht, welche das Vorbild zu einem neuen und größeren Kriege sein kann. Wir machen heute schon die Parteileitung hierauf aufmerksam, nicht weil wir glauben, den verhängnisvollen Lauf der Dinge ändern zu können, sondern um auf das nahende Unglück aufmerksam zu machen und jede Verantwortlichkeit abzulehnen. Wir wissen nicht, ob unsere Regierung Gegenmaßregeln ergreifen wird, und welche

Baut Kleinwohnungen!

II.

Die Vertreter des organisierten Proletariats haben rechtzeitig Verwaltung und Gesetzgebung auf die Notwendigkeit, den Wohnungsmangel zu lindern, aufmerksam gemacht.

Die Generalkommission ersuchte das Abgeordnetenhaus, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß sie

- 1. unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes einbringt, das Vorschriften über Baugelände, Baupolizei und Benutzung der Gebäude enthält, eine umfassende Wohnungsaufsicht vorschreibt, sowie die Förderung des Baues von Kleinwohnungen zu gemeinnützigen Zwecken vorseht;

Viele preussische Gemeinden hätten, wie die Generalkommission ausführte, in Form von Mietunterstützungen an die Angehörigen von Kriegerfamilien große Lasten auf sich genommen, die ihnen erleichtern zu helfen ebenso eine Ehrenpflicht des Staates sei, wie die Unterstützung der heimkehrenden Krieger zur Abbüdung ihrer während des Krieges entstandenen Mietschulden.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichstagskommission für das Wohnungswesen haben der Kommission eine Reihe Anträge unterbreitet, die sich zum Teil auch mit der Hypothekenfrage beschäftigen.

Die preussische Regierung plant Reformen auf dem Gebiete des Hypothekenkredits, doch diese Maßnahmen dürfen nicht darauf ausgehen, die Existenz verkrachteter Hausbesitzer zu zerstören.

Die sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder der Kommission für das Wohnungswesen haben auch Maßnahmen für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau beantragt.

- 1. Ausbau des Reichswohnungsförderungsfonds durch Einstellung von 25 Millionen Mark aus Reichsmitteln.
2. Ausbau des Reichswohnungsbürgschaftsfonds durch Einstellung von 25 Millionen Mark aus Reichsmitteln.
3. Ausdehnung des Verwendungsbereichs dieser Fonds auf gemeinnützige Baugenossenschaften aller Art, auf private und privatgewerbliche Kleinhausbauern, sofern sie sich denselben Bedingungen unterwerfen, die die gemeinnützigen Bauvereinigungen einzugehen haben.

Reich, Staat und Gemeinden müssen gemeinsam an die Errichtung von Kleinwohnungen gehen, und zwar muß schnell gehandelt werden. Vom Privatkapital ist nichts zu erhoffen.

Vollsernährung

Produktionszwang.

In den „Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt“ werden allerlei Gründe gegen die Forderung eines zwangswiseigen Eingriffs in die landwirtschaftliche Produktion geltend gemacht.

„Man fordert Anbauzwang und Viehhaltungszwang; die Ausfallflächen der wichtigsten Nährfrüchte sollen kontingentmäßig festgelegt, jeder Betrieb zu einer gewissen Mindestviehhaltung im Verhältnis zu seiner Fläche verpflichtet werden.“

Hierzu schreibt das „Berliner Tageblatt“: Es scheint, daß man sich hier erst die Aufgabe so schwer wie möglich gemacht hat, um dann erklären zu können, daß sie unmöglich sei.

— Ernteaussichten und Versorgung. Aus dem Kriegsernährungsamt wird geschrieben: Das Kriegsernährungsamt hat Nachrichten über den Stand der Ernte aus den verschiedenen Landesstellen eingezogen.

Stille Stunde

Das ist die Stunde, die zu atmen kaum magt: still und glutumprühend liegt alles Land.

Die Früchte röten sich im Blättergrün, Die Vögel schweigen unterm Laubgeäst.

Wie Flammen loht es weiß aus Stein und Sand, Eidechsen huscheln schon vor deinem Schritt.

Licht, Wärme, Reifen fällt den weiten Raum Und teilt sich deinem Herz als Hoffnung mit!

S. Heim.

Sie fanden den Mut nicht

Ein französischer Lehrer, der als Telephonist im Felde steht, berichtet, wie A. Herceod in der „Internationalen Rundschau“ erzählt:

„Ich kam eines Tages auf einen unterirdischen Posten, der wenige Schritte von dem Stachelbrautverhau der feindlichen Stellung entfernt war.“

„Ich gehe näher und frage die Leute, was sie verhandeln. Sie sagen mir: „Wenige Schritte von uns befindet sich ein Deutscher, der untern Posten verlassen glaubt, denn er sagt ganz ruhig Holz hinter dem Stachelbrautzaun.“

„Über,“ sagte ich ihnen, „ihr müßt euch klar machen, daß, wenn ihr ihn heute nicht tötet, er vielleicht morgen schon euch töten wird.“

„Es ist wahr,“ antworteten sie, „aber wir können uns

nicht dazu entschließen, wir würden uns wie Mörder vornehmen, tun Sie es doch.“

Ich machte mich fertig, legte an und sah den feindlichen Soldaten, der ganz in seiner friedlichen Beschäftigung aufzugehen schien.

Und so führen wir fort, aus unserem sicherer Bersted den Deutschen zu beobachten, der sein Holz ahnungslos zusammenlas und dann in seinem unterirdischen Graben verschwand, ohne zu wissen, daß sein Leben während einiger Zeit an einem Faden gehangen hatte. . . .“

Die Fernrohrbrille

Ein Hilfsmittel für Kriegsverletzte.

ml. Für die tapferen Soldaten, die in der Verteidigung unseres Vaterlandes ihr Augensicht eingebüßt haben, konnten Wissenschaft und Technik wohl an manchen Erfolgen denken, um ihnen wieder Lebensfreudigkeit und Lebensmut zu geben.

Neben diesen Fernrohrbrillen haben sich auch die Fernrohrkuben als recht brauchbar erwiesen. So berichtet Professor Stock-Jena von einem Studenten der Theologie, dessen Sehkraft im Feldzuge so geschwächt worden ist, daß an eine Fortsetzung seines Studiums zunächst nicht zu denken war.

Henryk Sienkiewicz

Am 4. Mai wurde Henryk Sienkiewicz, Polens bedeutendster Dichter unter den Zeitgenossen, 70 Jahre alt. Mit einem Werk ist Sienkiewicz in der ganzen Welt bekannt geworden.

Des weiteren werden zur Ausstellung gelangen die Erzeugnisse der Zigarettenwerkstätten des Korpsbezirks, insbesondere des Hilfszigaretten-Hafelwert und so werden wir in Ergänzung der früheren Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge die großen Fortschritte unserer Kriegsverfahren bewundern können.

Ein Lichtspieltheater und Vorträge über den Krieg und seine Einwirkungen werden für Belehrung und Erweiterung des Wissens der Besucher sorgen.

Neben der Ausstellung, die Ende August in der Danziger Sporthalle eröffnet wird, werden Danziger Truppen einen Schützengraben bauen, der ein getreues Abbild für bestingerichtete Schützengräben auf den Schlachtfeldern in Ost und West bieten wird.

Der Eintrittspreis wird außerordentlich niedrig gehalten werden, um allen Klassen der Bevölkerung den Besuch zu ermöglichen. Auch ist beabsichtigt, Schulen und Soldaten ermäßigte Eintrittspreise zu gewähren und auch den zahlreichen Angehörigen der hiesigen Werker, sonstiger militärischer Werkstätten, sowie größerer Vereine Erleichterungen bei dem Besuch zu gewähren.

Aus Westpreußen

Neuorientierung und Elbinger Gewerkschaften.

Uns wird aus Elbing geschrieben:

Die gemaltigen Leistungen der freien Gewerkschaften während des Krieges sind wiederholt von Vertretern der Regierung anerkannt worden. Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte sogar im Reichstage, daß unser Wirtschaftsleben nach seiner festen Ueberzeugung ohne Mitwirkung der Arbeiterorganisationen nicht aufrecht zu erhalten gewesen wäre. Leider findet die Tätigkeit der Gewerkschaften nicht überall diese Anerkennung. Manche Einschränkung besteht noch, die bei den Opfern der deutschen Arbeiterschaft für das Vaterland unverständlich ist. Endlich ist die neueste Aenderung des Reichsvereinsgesetzes geschaffen, die die Gewerkschaften vor der behördlichen Beurteilung als politische Vereine, die vor dem Kriege gerade in Westpreußen nicht selten war, schützen soll. Das neue Gesetz scheint in seiner Tragweite ebenfalls noch nicht überall erkannt zu sein. In Elbing sind alle politischen Vereine seit einiger Zeit durch eine Verordnung des Generalkommandos des 20. Armeekorps geschlossen. Diese Bestimmung gilt aber auch nur für die politischen Vereine im Sinne des Gesetzes. Zur Abhaltung von Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften bedarf es keiner Genehmigung. Unangenehm veranlaßte der Metallarbeiterverband eine Mitgliederversammlung für die Dreher. Es erschien dazu ein Polizeibeamter und erkundigte sich nach der Eigenschaft der Versammlung. Ihm wurde gesagt, daß es eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sei. Darauf erklärte der Beamte, daß jetzt alle Versammlungen angemeldet werden müssen. Genosse Meier erwiderte, daß Polizeikommissar Sallisch ihm selbst gesagt habe, Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften könnten ohne Genehmigung stattfinden. Bald darauf wurde ein Verfahren gegen den Vorstand des Metallarbeiterverbandes, Genossen Rinke, eingeleitet. Bei der polizeilichen Vernehmung soll ihm erklärt sein, daß der Metallarbeiterverband sozialdemokratisch sei und deshalb auch seine Mitgliederversammlungen angemeldet werden müssen.

Wir neigen trotz dieser Erfahrung zu der Ansicht, daß es sich hier um mißverständlichen Uebereifer unterer Organe handelt. Daher glauben wir nicht, daß ein Gericht die Ansicht dieses Beamten übernehmen wird. Doch meinen wir, daß es wohl wertvoller wäre, wenn dieser Eifer, der auf anderen Gebieten viel angebracht wäre, sich gar nicht betätigen würde.

Unser Gewährsmann scheint in der Hinsicht zu irren, daß er die allerdings unglaubliche Uebersetzung des Polizeibeamten mit der Anmeldepflicht für gewerkschaftliche Versammlungen verbindet. In Danzig gilt die Verordnung des 20. Armeekorps nicht. Trotzdem müssen auch gewerkschaftliche Versammlungen auf Grund des Belagerungszustandes angemeldet werden.

Massenverkäufe

nach auswärts scheinen auch in unserer Provinz nicht selten zu sein. Das für solche Fälle sehr in Anspruch genommene Berliner Tageblatt enthielt in der Nummer 356 am 14. Juli folgendes Angebot:

Ca. 20 000 Zentner gelbe u. weiße

Speisefrüchten

haben zu verkaufen.

Rich. Grabowski,

Marienburg Wpt.,

Bange 13. Teleph. 490.

Ueber diese Firma konnten wir uns noch nicht näher unterrichten. Auf alle Fälle können wir aber nicht einsehen, daß Lebensmittel in solchen Mengen nur weit nach auswärts gebracht werden sollen.

Zoppoter Kommunalsteuern.

Der Haushaltsplan der Stadt für das Jahr 1916/17 schließt mit 1 174 549 Mark ab. Der für 1916 angenommene Fehlbetrag ist mit 324 259,25 Mark berechnet. Er überschreitet den Verlust für 1915 um 220 059 25 Mark. Der Fehlbetrag soll zunächst aus einem Darlehen von 250 000 Mark und einer Anleihe von 100 000 Mark gedeckt werden. Nach dem Vorschlage des Magistrats soll der Einkommensteuernzuschlag von 160 auf 200 Prozent erhöht werden. Dieser Antrag scheint bei den Stadtverordneten jedoch keine Gegenliebe zu finden. Die Differenzen zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung reizen hier ja gar nicht ab. Sogar der Weltkrieg hat in diesen höchst unangenehmen Verhältnissen keine Besserung gebracht. Es ist allgemein verständlich, wenn gerade bei der Steuerfrage der Unmut sich stark fühlbar macht. Die zum 14. Juli einberufene Sitzung der Stadtverordneten konnte gar nicht abgehalten werden. Die zur Beschlussfähigkeit notwendige Zahl der für das Allgemeinwohl treuherzigen Stadtväter kam trotz längstem Warten nicht zusammen. Diese Lücke eröffnete eigentümliche Aussichten für die Zukunft. Am 20. Juli wurde das Darlehen bewilligt, der Etat aber zurückgestellt!

Arbeiter im Kurort Zoppot.

Vor dem Kriege war der Seebad Zoppots auch für Nichtzahlende an Vorzügen zugänglich. Dies Verfahren ist neuerdings mitten im Kriege geändert worden. Von Beginn des Konzerts ist der Zutritt nur gegen Bezahlung gestattet. Diese Neuerung will auch den Danziger Neuesten Nachrichten nicht gefallen. Uns ist sie darum nicht verständlich, weil Kurhaus, Steg und Kurbetrieb städtische Eigentümern sind und von den Steuerzahlern unterhalten werden. Man kann natürlich nichts dagegen einwenden, wenn die Gebäude und Anlagen des Kurbetriebes als werbende Anstalten zu bestimmen. Zeiten dem zahlenden Publikum vorbehalten bleiben. Es ist aber sicher nicht zuziel verlangt, wenn daneben ihre Benutzung wenigstens in dem früheren Umfange auch den nicht mit Glücksgütern gesegneten Bürgern, die doch immer noch die Ehre des Steuerzahlens bis zum Einkommen von 420 Mark jährlich haben, eingeräumt wird.

* Steigerung des Offseebäder-Verkehrs. Wie der Verband Deutscher Offseebäder in Berlin mitteilt, zeigt der diesjährige Besuch der Offseebäder schon vor Beginn der Ferien eine außerordentliche Steigerung. Die Kurliste der bekannteren Bäder weist am 1. Juli bereits folgende Besuchszahlen auf: Swinemünde 5277, Cranz 3493 (die Besuchsziffer in Cranz ist inzwischen auf 4308 gestiegen), Kolberg 2853, Warnemünde 2597, Brunsbüttel 2514, Zoppot 2492, Ahlbeck 1904, Arensee 1564, Heringsdorf 1180, Bansin 950. In einigen Badeorten, wie z. B. in Hohenhagen, Hohenhagen, Ralswiek, Ralswiek, Sellin, hat sich die Besuchszahl gegen das vergangene Jahr bereits verdoppelt.

Dirschau. Kriegsspeisehallen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde laut Gesetz zur Einrichtung von Kriegsspeisehallen und Beschaffung der erforderlichen Lebensmittel der Betrag von 10 000 Mark bewilligt. Erfreulicherweise sind auch bereits freiwillige Beiträge zur Einrichtung gespendet worden. Es sollen Mittagsspeisehallen zum Preise von 40 und 55 Pfg. abgegeben werden. Die erste Speisehalle wird in der nächsten Zeit in der Herberge zur Heimat eingerichtet werden. Zur Einrichtung eines Nahrungsmittelamts mit der erforderlichen Beamten wurden monatlich 500 Mark bewilligt.

Schlochau. 370 Schafe verbrannt. Auf dem Gute Henneke in Abbau Heinrichswalde, Kreis Schlochau, wütete ein schwerer Brand. Die Scheune nebst Schafstall brannten nieder. Rhee- und Wiesenheu des ersten Schnittes wurden ein Raub der Flammen. 370 Schafe mit dem Hirtenhunde kamen um.

Schönlanke (Westpr.). Das Spiel mit dem Gewehr forderte am vorigen Sonntag ein Menschenleben. Mit einem mit Schrot geladenen Gewehr spielten Sonntag die beiden Söhne des Hegemeisters Rube sowie dessen Knecht und Dienstjunge. Der Schuß ging los und die ganze Schrotladung traf den achtjährigen Sohn Karl so unglücklich ins Gesicht, daß der Tod sofort eintrat. Der Dienstjunge wurde durch einige zerstreute Schrotkörner verletzt und ins hiesige Krankenhaus gebracht.

Bootsunglück bei Stettin. In einer der letzten sehr stürmischen Nächte wurde zwischen Leba und Rixhöft von einem Boote der Bootsmannsmaat Janke aus Oldenburg bei Stettin mit zwei anderen Marosen über Bord gespült. Bei dem schweren Seegang war ein Rettungsversuch unmöglich. Alle drei ertranken. Die Leiche des Maats Janke ist bei Ostrow angeschwemmt.

Gewerkschaftliches

Reichszentraler und Gewerkschaften

Unter der Ueberschrift „Der Kanzler und die Gewerkschaften“ bringt das „Berliner Tageblatt“ folgende Notiz:

Wie die „Internationale Korrespondenz“ mitteilt, hat der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften Deutschlands, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Begien, in einer Königsberger Rede folgende interessante Mitteilungen über eine Unterredung mit dem Reichskanzler über die Gewerkschaftsfrage gemacht:

Er habe sich mit dem Reichskanzler über das Verhältnis der Gewerkschaften nach dem Kriege unterhalten. Der Reichskanzler habe gemeint, ob es nicht möglich sei, eine einheitliche Arbeiterorganisation zu schaffen. Das habe er, Begien, verneint. Die Gewerkschaften seien unter dem Einfluß politischer Parteien entstanden, und dieser lebendige politische Einschlag müßte erhalten bleiben. Ein Kartellverhältnis, das der Reichskanzler angeregt habe, könne möglich sein, doch damit wäre es vorbei, wenn die christlichen Gewerkschaften unter dem Einfluß des Zentrums für Fülle und indirekte Steuern eintreten würden. Durch den sozialistischen Geist seien unsere Organisationen über die Gewerkschaften anderer Länder weit hinausgewachsen.

Die Gewerkschaften betrachten das neue Vereinsgesetz als eine keine Abschlagszahlung auf das, was nach dem Kriege für die Arbeiter geschaffen werden müsse.

— Achtstundentag für Munitionsarbeiterinnen. In den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken zu Berlin ist nach vorausgegangener Verständigung mit den Vertretern der Arbeiterschaft für die in den Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen, es kommen über 4000 in Frage, die achtstündige Arbeitszeit eingeführt worden. Bei Beginn des Krieges ist bei dieser Firma wie bei vielen anderen die Arbeitszeit für Arbeiterinnen von 9 auf 11 beziehungsweise 12 Stunden verlängert worden, trotzdem dazu nicht die geringste Ursache vorlag. In der ganzen Zeit des Krieges ist ein Mangel an Arbeitskräften nicht zu verzeichnen gewesen. Gerade im Hinblick auf die gegenwärtige Ernährungsmöglichkeit, unter der die Arbeiterinnen besonders schwer zu leiden haben, wäre es dringend erwünscht, daß die hier getroffene Regelung der Arbeitszeit überaII durchgeführt wird, denn die weitere Aufrechterhaltung einer elf- resp. zwölfstündigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen ist allein schon im Hinblick auf das große Angebot weiblicher Arbeitskräfte geradezu unverantwortlich.

— Die Berliner freien Gewerkschaften. Vor dem Kriege, am 1. Januar 1914, hatten die Berliner Gewerkschaften 301 986 Mitglieder. Die Zahl hatte sich am 1. Januar 1915 auf 237 151 verringert. Das ist ein Rückgang um 64 835 Mitglieder oder 21,2 Prozent. Durch neue Einberufungen zum Heeresdienst ist die Mitgliederzahl im Jahre 1915 abermals erheblich gesunken. Sie belief sich am Jahresabschluss auf 144 259, was eine Verminderung um 29,2 Prozent bedeutet. Demnach ist die Mitgliederzahl vom 1. Januar 1914 bis zum 1. Januar 1916 um 53,3 Prozent gesunken.

Lohnbewegung in Warschau.

Der unter Mitwirkung der Militärverwaltung so günstig übertriebene Streik der Warschauer Straßenbahnangehörigen hat auch die Folge, daß sämtliche im Streik Verhafteten sofort freigelassen wurden.

Die Angestellten des Städtischen Wasserwerks wollten im Interesse der Straßenbahner den Sympathiestreik beginnen, mit dem sie selbstverständlich Forderungen zur Verbesserung der eigenen Lage verbunden. Das deutsche Generalgouvernement griff auch hier zugunsten der tapferen polnischen Proletarier ein. Eine angemessene Erhöhung der Löhne und die Beilegung der Straßenbahnerbewegung verhinderte den Streik.

Die deutsche Militärverwaltung ist wegen dieser überaus klugen Art, die Sympathien der polnischen Arbeiter für das Deutschtum zu gewinnen, zu beglückwünschen. Wir möchten hoffen, daß dies gleiche Verfahren sich bald allgemein in Deutschland einbürgern möchte.

Aus der Partei

Preussische Landeskommission.

In unserer letzten Nummer teilten wir die am 21. Juni gefaßten Beschlüsse der Landeskommission Preußens mit. Es war dort bestimmt, daß die Genossen Ernst Böcke und Fischer, trotz ihrer Enthebung als Vorstand von Groß-Berlin, weiter die Leitung der preussischen Landesorganisation beibehalten sollten. Durch ein sehr unangenehmes Versehen ist der 2. Absatz von unten aufgenommen worden, der das Recht der Kommission zu diesen Beschlüssen bestreitet. Wir bedauern diese irrtümliche Wiedergabe lebhaft. Entstanden ist der Irrtum dadurch, daß es sich um Uebnahme von Text aus der Königsberger Volkszeitung handelt. In der Eile ist übersehen, daß es sich nicht bloß um die Beschlüsse der Kommission, sondern auch um eine Einschaltung kritischer Art handelte.

Wir stellen gegenüber der dort vertretenen Ansicht fest, daß sie von uns nicht geteilt wird. Es ist einfach unumgänglich, und würde zu unhaltbaren Konsequenzen führen, wenn die Neubefugung einer Ortsleitung, die dazu in diesem Fall nicht anders wie als Maßregelung angesehen werden muß, der ganzen Landesorganisation eine neue Führung aufzwingen könnte. Demokratisch würde ein solches Verfahren unter keinen Umständen sein. Ueber die Führung der preussischen Landesorganisation kann unmöglich eine einzige Ortsgruppe, und sei sie auch noch so groß, bestimmen. Dies können nur die preussischen Genossen in ihrer Gesamtheit durch ihre zuständigen Vertretungen tun.

— Die Kontrollkommission hat sich, wie das Pressebureau mitteilt, am 6. Juli mit einer Beschwerde der Genossen Fleischer-Dresden und Gottschalk-Königsberg i. Pr. beschäftigt, die sich gegen das Verhalten des Parteivorstandes in der Sitzung des Parteiausschusses vom 27. März richtete, in der über die Fraktionspaltung verhandelt worden ist. Außerdem richtete sich die Beschwerde gegen den Parteiausschuß, weil er seine ihm durch das Organisationsstatut übertragene Befugnis überschritten habe. Die Beschwerdeführer haben beantragt: „Das geringste Verhalten des Parteivorstandes und Parteiausschusses verstößt gegen unser Organisationsstatut und ist daher zu verurteilen. Die gefaßten Beschlüsse sind rechtsmüßig und für die Parteigenossen unverbindlich.“

Die Beschwerde ist durch folgenden Beschluß erledigt worden: Die Kontrollkommission war einstimmig der Auffassung, daß dem Parteivorstand wegen keiner Behandlung des Falles Haase ein Vorwurf nicht zu machen ist. Was den übrigen Teil der Beschwerde betrifft, der sich auf die Beschlussfassung des Parteiausschusses über die Vorgänge innerhalb der Fraktion bezieht, hat die Kommission sich für Abweisung der Beschwerde entschieden.

Dem Aufruf zum Parteifrieden

den wir veröffentlichten, sind eine Reihe von weiteren Parteigenossen beigetreten, und zwar: Luwig Bulter, Rottbus; Christian Buder, Rottbus; Reinhold Darf, Breslau; Franz Dreashage, Bielefeld; Emil Fischer, Straßburg i. E.; Arno Franke, Solingen; Georg Görtler, Mühlhausen i. Th.; Oskar Hündlich, Rüstingen i. Oldbg.; Paul Kammer, Forst; Georg Kauf, Offenbach; Hermann Leber, Jena; Richard Markewitz, Mühlhausen i. Th.; Hans Markwald, Duisburg; Emil Neustich, Breslau; Albert Rudolf, Jena; Albert Schädlisch, Bielefeld; Hugo Schaal, Solingen; Karl Schred, Bielefeld; Oskar Schütz, Breslau; Karl Severing, Bielefeld; Georg Simon, Augsburg; Max Walthar, Nürnberg; Gustav Wolf, Breslau; Adolf Jenker, Bielefeld. Unter Vorbehalt stimmte zu: Heinrich Neus, Dessau.

— Die Sozialdemokratie Finnlands hat einen glänzenden Sieg errungen: die Wahlen zum finnischen Landtag haben ihr die absolute Mehrheit der Sitze gebracht. Einhundertunddrei Sozialdemokraten sind in das finnische Landesparlament eingezogen, das zweihundert Abgeordnete zählt. Die übrigen Parteien sind wie folgt vertreten: Altfinnen 33, Jungfinnen 22, Schweden 21, Agrarpartei 19, Christliche Arbeiterpartei 1. Das ergäbe 96 Abgeordnete. Es muß also ein Fehler in der Meldung sein, da addiert nur 199 Abgeordnete gewählt worden wären. Das Stimmenergebnis ist folgendes: Sozialdemokraten 286 772, Altfinnen 109 736, Schwedische Volkspartei 72 834, Jungfinnen 67 664, Agrarier 46 953, Christliche Arbeiterpartei 11 042. Die Stimmenzahl der Sozialdemokraten ist von 37 Prozent in 1907 auf 42,9 Prozent in 1913 und 48,2 Prozent jetzt gestiegen. Alle anderen Parteien sind zurückgegangen, nur die christlichen Arbeiter stiegen auf 1,9 gegen 1,3 Prozent.

Beschwerde gegen Ledebour.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau hat sich bei der Leitung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft dagegen beschwert, daß Ledebour unlängst ohne Wissen der Organisation nach Breslau kam, um in einer Volksversammlung gegen Scheidemann aufzutreten. Er stellt fest, daß er im Frieden Ledebour wiederholt ersucht habe, in Breslau zu reden. Stets habe er aber wegen Zeitmangel abgelehnt. Zur öffent-

lichen Austragung des Parteiratens und damit höheren
Schätzung der Organisation habe er aber Zeit gefunden.

Unverkündeter Streik der Arbeitsgemeinschaft.

Ein Landbauernmann schreibt: Dem Reichstagsbericht des
Bismarcks vom 3. Juni 1916 habe ich folgendes entnommen:
„Eine Resolution der Reichspartei fordert, daß 1. die Namen
der Heereslieferanten den Steuerbehörden bekannt gegeben
werden und 2. daß Auslandspässe nur ausgegeben werden
sollen, wenn einwandfrei nachgewiesen, daß die Kriegsteuer
bezahlt ist. Abg. Bernstein (Soz. Arbeitsgemeinschaft) wendet
sich gegen den zweiten Teil dieser Resolution, der nur zu
einer Erleichterung der heute schon außerordentlich großen
Schwierigkeiten bei Erlangung eines Auslandspasses führen
würde. Die Resolution wird gegen die Stimmen der Soz.
Arbeitsgemeinschaft angenommen.“

Wenn also ein Heereslieferant mit seinem erlassenen Reich-
tum über die Grenze flüchtet, ohne Kriegsteuer bezahlt zu
haben, dann sollen ihm — das ist wohl nicht die Absicht, aber
es hätte der Erfolg der Abstimmung der Soz. Arbeitsgemein-
schaft sein können — keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt
werden. Wieder mit der Bureaucratie, die erst prüfen will,
ob die Kriegsabgaben geleistet worden sind. Freilich, wenn
man, wie die Soz. Arbeitsgemeinschaft, gegen die Kriegsteuer
überhaupt stimmt, weil sie die Weiterführung des „imperia-
listischen“ Krieges mit ermöglicht, dann war auch diese Ab-
stimmung nur durchaus konsequent. Aber daß sie sozialistisch
gewesen wäre, wird wohl niemand behaupten wollen!

Der Parteisekretär Weikmann in Bremen.

ist von der dort zurzeit herrschenden Kinderheit durch Ent-
lassung gemindert, weil er auf dem Standpunkt der Partei-
mehrheit steht. Der bremische Senat hat ihn nun als befo-
herten Gehaltsführer der Zentrale für Volkspeisung ange-
stellt. Vorher hat W. sich schon ehrenamtlich in dieser Auf-
gabe betätigt.

Verurteilung im Prozeß Liebknecht.

Uns wird mit-
geteilt, daß im Prozeß Liebknecht sowohl der Richter als
auch der Angeklagte Verurteilung eingeleitet haben. Der Richter-
herr will eine höhere Strafe durchsehen, während der An-
geklagte bestritt, sich des Kriegsverrats schuldig gemacht zu
haben. Die Verhandlung wird demnächst vor dem Ober-
kriegsgericht in Berlin stattfinden.

Crispiens Revision verworfen.

Genosse Crispian-Stuttgart war am 24. März d. Js. vom
Landgericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden,
weil er als Vorstand in einer geheimen Versammlung eine
Resolution eingebracht habe, worin die Ablehnung der Kriegs-
kredite und die Abspaltung der Kinderheit der sozialdemo-
kratischen Partei im Reichstag ausgehießen wurde. Gegen
dieses Urteil hatte C. Revision eingelegt. Sie wurde vom
Reichsgericht verworfen.

Kaja Luxemburg verhaftet! Am 10. Juli ist Genossin
Luzemburg in ihrer Wohnung in Berlin verhaftet worden.
Der gleichzeitig in ihrer Wohnung vorgenommene Hausdurch-
suchung war ergebnislos. Wahrscheinlich liegt Schußhaft vor.

Neues sozialdemokratisches Wochenblatt in Warschau.
Nach den neuesten Informationen der bürgerlichen War-
schauer Zeitungen ist in Warschau mit Genehmigung der deut-
schen Militärregierung die erste Nummer eines neuen sozialdemo-
kratischen Wochenblattes *Kajsa Sprawa* (Unsere Sache) er-

schienen. Das neue Blatt soll die Ansichten des Hauptvor-
sitzenden der Sozialdemokratischen Partei und Litwinski (die im
Gegenatz zur nationalgerichteten Polnischen sozialistischen
Partei steht) zum Ausdruck bringen. — Auf dem Boden des
Landesverbandes der gleichen Partei steht das in Warschau
seit Oktober 1915 erscheinende Wochenblatt *Kajsa Sprawa*
(Unsere Sache).

Soziales

Mehr Kinderchutz.

Bei der Gründungsversammlung von „Deutschlands Spende
für Säuglings- und Kleinkinderchutz“ führte Professor Langstein in
einem Vortrag über die Aufgaben des Säuglings- und
Kleinkinderchutzes im Deutschen Reiches etwa folgen-
des aus:

Nur eine einzige Altersstufe hat bisher an den großen Fort-
schritten auf gesundheitlichem Gebiete zu wenig teilgenommen: der
Säugling und in gewissem Grade auch das Kind im vor-
schulischen Alter. Zwar haben auch hier die letzten Jahre Fortschritte gebracht.
Es ist aber ein Gebot der Stunde, daß jede Gemeinde Säuglings-
und Kinderchutz mit in ihr Programm aufnimmt. Wir verlangen
heute von den Bundesstaaten und dem Reich große Mittel, da es un-
bedingt notwendig ist, daß gewisse Mindestforderungen erfüllt werden.
Das ganze Volk muß durchdrungen werden von den Kenntnissen jener
Grundzüge, durch die wir den Säugling und das Kleinkind gesund
erhalten können. Kinderhygiene muß Unterrichtsgegenstand werden.
In der Volksschule wird damit begonnen, in der Pflichtfortbildungs-
schule muß der Unterricht fortgesetzt werden. Das Ergebnis der bis-
herigen Versuche ist ermutigend. Wir brauchen vor allem auch die
Vertiefung in der Ausbildung der Ärzte in der Säuglingskunde.
Der Staat darf nicht mit Lehrstühlen in der Kinderheilkunde sparen.
Von den Kommunen erwarten wir in erster Reihe die
Schaffung von Säuglingsfürsorgestellen, ferner von
Mütterheimen. Wir verlangen eine bessere Versorgung der
erkrankten Säuglinge in den Krankenhäusern. Jede Einrichtung des
Säuglingschutzes muß wiederum ein Zentrum werden, von dem aus
durch Unterrichtskurse für Hebammen, für Pflegerinnen die Kennt-
nisse ins Volk hinaus gehen. An jede ärztliche Hilfe für den Säug-
ling muß sich die soziale anschließen. Die Reichswachenhilfe muß am
besten noch in erweiterter Form auf den Frieden ausgedehnt werden.
Regelung des Heilfahrdwesens, allgemeine Durchführung der Gene-
rationsvorsorge werden auf diesem wichtigen Gebiete größten Nutzen
schaffen. Einen viel breiteren Raum als bisher werden wir der
Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit auf dem Lande einräumen
müssen. Die Mütter müssen von ausgebildeten Fürsorgern be-
herrscht und beraten werden. Wir brauchen Schulen für Fürsorge-
rinnen und für Kinderpflegerinnen. Unermeßlich groß
sind im vor- und nachschulischen Alter die Schäden durch Erkrankungen
der verschiedensten Art, die Infektionskrankheiten, die englische
Krankheit, Strophakose und Tuberkulose. Ganz leicht möglich in orga-
nisatorischer und auch in pekuniärer Hinsicht ist die Anglie-
dung der Kleinkinderfürsorgestellen an die Säuglings-
fürsorgestellen. Wir werden ferner Krippen, Kleinkinderbewah-
rungsanstalten und auch Kindergärten unter den denkbar günstigsten hygie-
nischen Verhältnissen zu gründen haben. Wir werden aber auch
durch Ausdehnung der offenen Kleinkinderfürsorge den Müttern in
das Haus nachgehen und deren Sinn für Familienziehung heben
müssen. Notwendig erscheint vor allem die innigste Zusam-
menarbeit der Organisationen mit der Regierung. Die
Beschaffung von Mitteln kann heute in der Zeit der Milliarden nicht
mehr die Schwierigkeiten wie in früheren Jahren machen, denn das

Bewußtsein, daß auf dem Gebiete des Kinderchutzes die größten
Leistungen vollbracht werden müssen, ist unter dem Einflusse des
Krieges binnen einem Jahr Gemeingut des deutschen Volkes geworden.

Der Kriegsereservefonds der „Volksfürsorge“

beträgt jetzt, nachdem die Gewerkschaften und Genossenschaften zum
zweiten Male auf die ihnen lahmsamgemäß zuzuführenden 4 Prozent
Zinsen für das von ihnen eingezahlte Aktienkapital im Betrage von
40 000 Mark zugunsten dieses Fonds verzichteten, 99 341,45 Mark.
Dieser Betrag steht den Angehörigen derjenigen im Kriege sterben-
den Beschäftigten der „Volksfürsorge“ zu, die bei Ausbruch der
Feindseligkeiten mindestens sechs Monate versichert waren und deren
Versicherung bis zum Eintritt des Todes regelrecht fortbestanden hat.
Die Prämien für die Versicherungen von Kriegsteilnehmern müssen
daher ununterbrochen weiter gezahlt und eingestrichelte Versicherungen
sogar wieder in den alten Stand gesetzt werden, wenn auf einen
Anteil aus dem Kriegsereservefonds Anspruch erhoben werden soll.
Die Geminneverbe der Versicherten beträgt jetzt nach
der diesjährigen Zuweisung von 74 885,52 Mark 219 226,90 Mark.
Die daraus den einzelnen Versicherungen gutgeschriebenen Jahres-
prämien werden angestammelt und mit 3 1/2 Prozent Zinsszins von
der Aufsicht an mit der zuerst fälligen Versicherungsleistung aus-
gezahlt.

Ein Gemeindevorsteher vor dem Schwurgericht. Vor dem
Schwurgericht in Greifswald stand der frühere Gemeindevorsteher
von Jingsi Krehmer wegen Verbrechen im Amte unter An-
klage. Er hat sich während seiner Amtszeit, die 1911 begann, 12 000
Mark Gemeindegelder angeeignet. Darunter befanden sich über 500
Mark Kollektengelder, die zur Fürsorge für die Hinterbliebenen ge-
fallener Krieger gesammelt waren. Die Bücher, in die er die ein-
zelnen Beträge einzutragen hatte, führte er gar nicht oder unordent-
lich. Unter Zuhilfenahme mitbringer Umstände wurde er zu zwei
Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Literatur

„Simplicissimus.“ Die soeben erschienene Nr. 16 enthält fol-
gende Zeichnungen: „Deutsche Zwetschke“, „Die Frau Hamster zu
kleinen Küden kam“, „Hoppe, hoppe, Reiter“, „von D. Gul-
branson, Schwärmer“, von D. Wendt, „Kriegswürfel“, von
R. Grieg, „Begründete Sorge“, von P. Schondorf, „Linsingen“, von
C. Thönn, „Brief von der Westfront“, von Franz Kiemer und „Der
innere Feind“, Zeichnung und Gedicht von Wilhelm Schulz. Textlich
ist die Nummer ausgestattet mit je einer Skizze: „Wunder“ von Hans
Reimann und „Ein Kranz auf Bonnhofs Grab“ von Peter Scher-
jerner u. a. mit einem Gedicht: „Die Hand“ von Karl Bröger.
Der „Simplicissimus“ kostet pro Nummer 30 Pf. Man kann
ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt
vom Simplicissimus Verlag G. m. b. H. & Co. in München.

Die Glocke. Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Barnus
(Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben
erschienene 16. Heft des 2. Jahrganges dieser aktuellen Wochenchrift
enthält folgende Artikel: Konrad Haenisch: Die Theorie unserer
Praxis. Hermann Bendel: Ein Mitter zwischen Frankreich und
Deutschland. Wilhelm Häusgen: Die gemeinnützige, aber kapitalistisch
unsortierte Volksfürsorge. Franz Diederich: Kriegsbahnhof.
Glossen: Der ewige Friede. Von minderjähriger Frauenarbeit. Der
Sibirier. Die W. Aus unserer Sammelmappe. — Einzelhefte
20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mark bei allen Buchhandlungen und
Postanstalten.

Handbuch der deutschen Gewerkschaftslehre. In
nächster Zeit erscheint im Verlage von Raden u. Comp., Dresden, V.
Wettinerplatz 10/11, als wichtiges gewerkschaftliches Nachschlagewerk
ein Handbuch der deutschen Gewerkschaftslehre.
Bearbeitet von Paul Barthel. In annähernd 100 alphabetisch ge-
ordneten Abschnitten werden alle auf den deutschen Gewerkschafts-
kongressen erörterten, die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die
Gewerkschaftsbewegung im besonderen betreffenden Fragen behandelt.
Das Handbuch der Gewerkschaftslehre wird neben dem von
Wilhelm Schröder bearbeiteten Handbuch der Parteitage in seinem
Bureau und in seiner Bibliothek unserer Arbeiterorganisationen
fehlen dürfen.

Wintergarten

Telefon 1925 Olivaer Tor 10 Dir. Arthur Löwison

Das vollständig neue Variété-Programm

Gastspiel

Viggo Larsen Wanda Treumann

— Persönliches Auftreten —

Jeden Abend 8¹⁵ Uhr S S Absatz II Jeden Abend 8¹⁵ Uhr

grosser Film-Sketch

Jeden Sonntag nachmittag Grosse Familien-Vorstellung

Vorverkauf im Kaufhaus Gebr. Freytag, Kohlenmarkt, und im Theater-Bureau, Telef. 1925. Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt.

Großes Sommerfest

Sonntag, den 23. Juli 1916

im großen Saal und Garten zur Ostbahn — Danzig-Ohra

veranstaltet von den Sozialdemokratischen Vereinen Danzig u. Ohra.

Theateraufführungen auf der Freilichtbühne. Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Sängergruß“. Gesangs- und Musikvorträge der Danziger Arbeiterjugend.

Großes Parkkonzert.

Unterhaltungen aller Art.

Eintrittskarten im Vorverkauf bei den bekannten Stellen 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Einlaß 3¹⁵ Uhr. Beginn 4 Uhr. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vorstände.

Sozialdemokr. Verein Danzig-Stadt.

Sonabend, d. 29. Juli 1916, abends 8 Uhr im Saal der Witwe Steppuhn Danzig-Schiff

Generalversammlung.

Moderne illustrierte Zeitschriften:

Simplicissimus

30 Pfennige

Jugend

40 Pfennige

Buchhandlung Volkswacht Paradiesgasse 32.

Danzig, Karrenwall

Weltberühmter Zirkus Blumenfeld

Täglich abends 8^{1/4}

Große Vorstellung

In allen Vorstellungen das Prachtprogramm und

Fred Boller

Der Verächter des Todes!

Das Waghalsigste, was je gezeigt.

Fred Boller läßt sich von einem 34 Ztr. schweren Automobil überfahren.

Vorverkauf: Zig-Haus Gebr. Wetzel, Langgasse, Ecke Gr. Wollweberg. Tel. 3052.

Bekanntmachung.

Der Territorialdelegierte

Wer seriöses Schuhwerk, Gesäure, Leder, Lederwaren, Fahrradmäntel, Felle usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die

Nähmaschine Stepperin D.R.G.N.

Solide, beste Konstruktion. Näh-
Stoppwerk wie Maschine. Leicht
zu handhaben. Garantie für
Brandstark. Viele Anerkenn-
ungen. Preis Mk. 2,50 mit
Kaufvertrag und Leinwand
zuzü. repariert und poliert
in Lederhandlungen, künstlich
oder direkt durch
Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.

Landes gehörte zu seinen granitnen Grundstücken. Heute ist dieser Standpunkt dahin. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat mit der Gruppe Seeschiffwerften des Verbandes der Metallindustriellen das neue Abkommen getroffen. Und diese hat sich ihm nicht länger zu entziehen vermocht! Bisher endeten solche Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Industriellen und der Metallarbeiter bei Stellen. Nun ist dieser Rubikon überschritten. Auch Danzig und Elbing sind in das Kulturgebiet der organisierten Regelung des Arbeitsverhältnisses einbezogen. Mögen die Arbeiter der Schiffbauwerke hieraus die notwendige praktische Lehre ziehen. Mögen sie sich der freien Gewerkschaften bis zum letzten Mann anschließen. Dann haben sie die unumstößliche Garantie, daß es sich bei diesen Vorkäufen nicht um eine vorübergehende Kriegserrungenchaft handelt.

Danziger Börsekräft G. b. m. H.

Das neue Börsekräft hat sich nunmehr vollständig organisiert. Es gehören ihm fast sämtlich 160, dem hiesigen Großhandel angehörenden Firmen aller Geschäftszweige an. Geschäftsführer ist Dr. Thiehn und die Telegrammadresse: Wida. In den bürgerlichen Blättern werden die Bestrebungen des Kartells sehr ideal gezeichnet. Kein Wort findet man dort vom Schutz des Großkapitals gegen die vom Allgemeinwohl diktierten staatlichen Schutzmaßnahmen. Es soll nur Innehalten und Unternehmungskraft über den Krieg erhalten bleiben, damit der Großhandel später wieder seine Aufgabe überflüssig machen kann. Ueberflüssig und Mangel zwischen den Staaten auszugleichen, dienen kann. Der Verfasser dieser akademischen Erklärung muß sich wohl nicht darüber klar gewesen sein, daß wenn der Großhandel tatsächlich nur diesen Zwecken diene, alle staatlichen Kriegsgesellschaften vollkommen überflüssig gewesen wären und nicht eine Sekunde hätten existieren können! Mit viel Mühe sucht die Veröffentlichung darzulegen, daß das Kartell eigene Erwerbsabsichten nicht habe. Es sollten nur die Unkosten und die 5 Prozent Verzinsung des 120 000 Mark betragenden Stammkapitals gedeckt werden. Mehrerträge sollten der Kriegswohltätigkeit oder allen rein wohltätigen Zwecken dienen. Diese Ausführungen scheinen mit der Versicherung der nicht bestehenden Erwerbsabsichten im auffälligen Widerspruch zu stehen. Des Rostum der Wohltätigkeit ist für die moderne Zeit und besonders im Hinblick auf die Kriegsnachfrage, die das gesamte Volk nicht zuletzt auch für die Teilnehmer des Kartells bringen muß, doch schon arg gerichthelt. Im Geschäft sollte man eben immer ganz offen geschäftlich handeln. Gefühlsmäßige Momente, die mit der Grundlage des ganzen Unternehmens gar nichts zu tun haben, sollten auch der weniger informierten Öffentlichkeit nicht absichtlich vor die Augen gestellt werden. Der geringen Beweiskraft dieser Gesichtspunkte ist sich auch das Kartell ganz klar. Es weist nämlich selber darauf hin, daß die Durchführung der Verteilung des Gewinnes von einem Ehrenauschuß kontrolliert werden soll, der dem Aufsichtsrat beigegeben ist. Diese Zusicherung dürfte selbst bei sehr runden Gemütern nur einen Heiterkeitserfolg haben. Jeder Kundige weiß doch, daß ein solcher Ehrenauschuß eine sehr überflüssige Dekoration ist, die man höchstens zur Reklame für nützlich halten mag. Zu irgend welchen Eingriffen gegen den Aufsichtsrat oder andere gesetzlichen Organen des Trustes ist er in keiner Weise berechtigt. Es wäre der Öffentlichkeit selbst dann nichts genützt, wenn im Aufsichtsrat irgend ein Vertreter einer nicht am Börsekapital interessierten Behörde sitzen würde. Den besten Beweis liefert die Danziger Straßenbahn. Ihrem Aufsichtsrat gehört als Vertreter des Magistrats Stadtrat Zimmermann an. Er hat in keiner Weise eine den städtischen Interessen dienende Haltung der Gesellschaft erreichen und nicht einmal die absolut unbegründete Verteuerung der Zeitkarten und andere schädliche Maßnahmen verhindern können. Wie also, wie die Danziger Zeitung meint, der Erfolg des Börsekräftes dem Heil unserer gesamten Bevölkerung dienen soll, können nur die intimsten Eingeweihten wissen, die sich ganz klar darüber sind, welchen Aufgaben das Kartell in Wirklichkeit dienen soll. Uebrigens wird kein Danziger, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten auch nur oberflächlich beschäftigt, über Zweck und Wirkung der Gründung im Zweifel sein. Darum sollte man sich solche historischen Verklärungen garnicht vorhandener Absichten gern schenken. Kapitalistisch bleibt Geschäft einfach Geschäft und besonders dann, wenn es sich um die Beteiligung von Millionen handelt.

Städtischer Fleischverkauf.

Vom 17. Juli ließ die Stadt in der Markthalle Rinderfleisch und Rinderpöselzunge verkaufen. Auf die Brotkarte gab es höchstens 3 Pfund. Für schieres Fleisch mußten 2,50 Mark pro Pfund und für Fleisch von der Brust noch immer 2,10 Mark bezahlt werden. Für Junge kostete das Pfund sogar 3 Mark. Von einem Herabgehen der Preise ist also bei diesem städtischen Verkauf leider nichts zu merken.

Das Hochbleiben der Preise veranlaßte aus einem anderen Grunde die Danziger Zeitung am 15. Juli zu der Aeußerung, daß es kaum begreiflich sei, daß die Preise für Gemüse in einem hoch bleiben. Es lauten doch erheblich mehr Menschen als früher Gemüse, die an den Markt kommende Menge sei auch größer geworden, die Preise seien aber so hoch wie früher geblieben. Als Seitenanmerkung macht die Zeitung darauf aufmerksam, daß Lomaten in Geschäften 1,20 Mark, auf dem Markt aber 1,50 Mark pro Pfund kosteten. Wir meinen, daß diejenigen, die solche Preise beibehalten, vollständig überzeugt sein müssen, daß die Wucherverordnung gegen sie nicht angewendet werden wird.

Fleischmeister Robert Reiponed aus Joppot

ist am 22. Mai von der Berufungskammer Danzig wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Es kann sich schon um kein leichtes Vergehen handeln, daß diese hohe Strafe veranlaßt hat. Besonders fällt sie noch aus einem speziellen Grunde auf. Der Verurteilte sah nämlich als Sachverständiger in der Preisprüfungsstelle in Danzig! Trotz der rechtskräftig gewordenen Verurteilung hat er an den Sitzungen bis zur Veröffentlichung des Urteils, die am 14. Juli erfolgte, noch immer teilgenommen. Ueber die Längigkeit der Danziger Preisprüfungsstelle gibt es hier nicht viele Meinungen.

Kein Brot auf Kartoffelmärkten.

Vom 15. Juli war vom Magistrat, in der Befürchtung des Eintritts von Kartoffelmangel, die Bestimmung getroffen, daß auf vier Kartoffelmärkten ein Pfund Brot verabfolgt werden dürfe. Vom 20. Juli ist diese Anordnung wieder aufgehoben worden. Es scheint danach, was der Magistrat leider nicht in der wieder nur in den bürgerlichen Zeitungen inserierten Verordnung sagt, als ob die Befürchtung wegen eines Mangels an Kartoffeln für die Danziger Bürgerschaft behoben ist. Richtiger wäre, wenn der Magistrat sich darüber so einwandfrei äußern würde, daß niemand wegen der Aufhebung des Brotbezuges unangenehme Vermutungen hegen brauche.

Die teuren Eierpreise

bleiben schier unerschütterlich in der seit Wochen bestehenden Höhe. Am letzten Sonnabend wurden in der Markthalle noch 4 Mark für 15 Stück genommen. Auf dem Markt auf Langgarten forderten die aus dem Berder kommenden Landleute jedoch schon 4,50 Mark. Als wir vor einigen Wochen, als auch in der Markthalle 4,30 Mark pro Mandel genommen wurden, den Preis von 4,50 Mark für möglich erklärten, hielten wir das selbst für übertrieben. Jetzt verlangt man diesen Preis, obwohl er allgemein schon ein wenig gesunken ist. Uns wurde übrigens von erfahrenen Hausfrauen versichert, daß auf Langgarten stels höhere Preise als in der Markthalle gefordert werden. In Elbing nimmt man 3,60 Mark für die Mandel. Die überhöht teuren Danziger Preise erregen mit Recht auch nicht in schlechten Verhältnissen lebende Leser der Danziger Zeitung. Herr Dr. Har der aus Odra teilt dem Blatt mit, daß er seit Herbst vorigen Jahres nur noch vier Hühner hielt. Seit Neujahr habe er für sie Futter im Werte von 13,50 Mark neben Küchen- und Gartenabfällen kaufen müssen. In der Zeit hätten sie ihm 210 Eier gelegt. Hiernach kommen auf das Stück noch nicht 7 Pfg. Futterkosten! Dagegen muß der Preis von 30 Pfg. pro Stück, bei aller Rücksichtnahme auf die durch die Zeit gebotene Ausdrucksweise, als skandalös bezeichnet werden. Sogar die Danziger Zeitung meint im Anschluß hieran am 19. Juli verärgert, daß man an amtlicher Stelle aus den Erwägungen in dieser Sache gar nicht herauskämme. Der Magistrat verkauft neuerdings Eier zu 20 Pfg. das Stück, aber wieder nur mit der Bedingung, daß nicht gute nicht zurückgenommen werden. Dadurch wird bei den lange gelagerten Eiern der Kauf zu einem Risiko, der den vorgeschlagenen Preis erheblich erhöht. Dann ist aber auch die Menge der städtischen Eier so klein, daß sie für die Preisbildung gar nicht in Frage kommt.

Höchstpreise für Frühkartoffeln.

Vom 13. Juli ab hat der Magistrat für Frühkartoffeln folgende Preise festgesetzt: 1 Pfund 12 Pfennig, 5 Pfund 60 Pfennig, 10 Pfund 110 Pfennig, und ein Zentner 11,30 Mark. Die Regierung ist sich darüber klar, daß Frühkartoffeln für die Ernährung nicht den gleichen Wert als Kartoffeln der alten Ernte haben. Deshalb wollte sie, daß die Preise eine von ihr als normal gehaltene Höhe im Kleinverkauf nicht überschreiten sollen. So hat sie angeordnet, daß in der Zeit vom 16. bis 31. Juli das Pfund im Kleinhandel nicht mehr als 10 Pfennig, vom 1. bis 10. August nicht mehr als 9 Pfennig, vom 11. bis 20. August nicht mehr als 8 Pfennig, vom 21. August bis 15. September nicht mehr als 7 Pfennig und vom 16. bis 30. September nicht mehr als 6 Pfennig kosten soll. Die höheren Preise sollen als Kriegswohlfahrtspflege von den Gemeinden übernommen werden. Sie erhalten aber ein Drittel der Mehraufwendung vom Reich und ein weiteres Drittel vom Staat erstattet. Leider hat man in Danzig diesem Wunsche der Regierung wieder nicht entsprochen. Für das Pfund muß der Kernste hier statt 10 Pfennig 12 Pfennig, und für den Zentner statt 10 Mark 11,30 Mark bezahlen.

Schluß der Firmen Lewinski.

Am 9. Juli hatte die Firma Arnold Lewinski im Berliner Tageblatt nach je 10 000 Postfächer naminierte und Salzheringe, bei Abgabe nicht unter 1000 Fächern, angeboten. Am 16. Juli wurde uns von zuständigen amtlicher Stelle mitgeteilt, daß der Danziger Polizeipräsident unterm 10. Juli folgende Bekanntmachung erlassen habe:

Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1913 (Reichsgesetzblatt Seite 603) ist den Kaufleuten Arnold Lewinski, hier, Hundegasse 113, und Martin Lewinski, hier, Stodtgraben 17, der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Nahrungsmitteln, namentlich Heringen und Futtermitteln aller Art sowie rohen Naturerzeugnissen, Getz- und Leuchtstoffen oder mit Gegenständen des Kriegsbedarfes wegen Unzuverlässigkeit untersagt worden.

Wir dürfen nicht in der Vermutung irren, daß diese Verfügung in erster Linie durch unsere Kritik, die bürgerlichen Blätter haben sie selbstverständlich nicht gelobt, veranlaßt worden ist.

Familienversicherung und Allgemeine Ortskrankenkasse

In den letzten Sitzungen des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse Danzig wurde die Wiedereinführung der Familienversicherung lebhaft gewünscht. Es wurde auch mit großer Mehrheit beschlossen, den Vorstand dazu zu veranlassen. Speziell die Vertreter der christlichen Gewerkschaften forderten in der letzten Ausschusssitzung diese Forderung. Als die Vertreter der freien Gewerkschaften Behandlung und Medikamente für Erkrankte für wertvoller als Sterbegeld erklärten, fanden sie dabei starken Widerspruch des christlichen Führers Dulski. Er legte mehr Wert auf Bewahrung von Sterbegeld und erhob dabei sehr geschmacklos Vorwürfe gegen die Genossin L.äte Len. In den Vorstandssitzungen hat sich nun wieder ein eigenartiges Bild gezeigt. Sämtliche 5 Vertreter der christlichen Gewerkschaften, neben dem Gewerkschaftssekretär Gaitowski noch 4 Damen, stimmten gegen die Familienversicherung! Diese Abstimmung weist um so unerfreulicher, als die Christlichen zuzeit leider 5 Plätze von den insgesamt 8 der Berhöberten einnehmen. Sogar gegen die Einführung des Sterbegeldes für Familienmitglieder stimmten sämtliche 4 weiblichen Vertreterinnen der Christlichen. Einzige der Christlichen Gaitowski gab keine Stimme dafür ab. Diese Gegenständigkeit derselben Gruppe im Ausschuss und Vorstand ist so unerklär-

lich, daß man vor einem Rätsel steht. Wir haben schon Anlaß alle Hoffnung aufgegeben, daß diese Taktik sich ändern wird.

* **Kriegsteilnehmer und Ersatzklassen.** Unklar wird bekannt gegeben: Aus einer Verordnung des Bundesrats vom 3. Juli 1916 betreffend Krankenversicherung bei Ersatzklassen ist folgendes hervorzuhoben. Die Satzungen vieler Ersatzklassen schreiben vor, daß bei Eintritt in den Heeresdienst auch in den Kriegsdienst die Mitgliedschaft bei der Kasse erlischt, ruht oder nur mit beschränkter Rechte fortbesteht. Damit ist diesen Mitgliedern die Möglichkeit der Welterversicherung während der Leistung von Kriegsdiensten, die ihnen bei den gesetzlichen Zwangskassen zugefallen hätte, genommen oder doch erschwert worden. Demgegenüber gibt die erwähnte Verordnung denjenigen Mitgliedern von Ersatzklassen, denen bei den Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung das Recht der Welterversicherung zugefallen hätte, nunmehr dieses Recht in vollem Umfang gegenüber ihren Ersatzklassen. Wer von diesem Recht der Welterversicherung Gebrauch machen will, muß dieses binnen drei Monaten vom Tage der Veröffentlichung der Bekanntmachung ab, beim Vorstande seiner Ersatzklasse beantragen. Wer später eingezogen wird, hat für den Antrag nur eine Frist von drei Wochen. Voraussetzung für die Wirkung des Antrags ist die pünktliche Zahlung der zahlungsmäßigen Beiträge. Alle zur Fahne einberufenen bisher versicherungspflichtigen Mitglieder von Ersatzklassen werden gut daran tun, sich durch rechtzeitige Antragstellung den Anspruch auf die Kassenleistungen auch während der Dienstzeit zu sichern. Weiterhin räumt jene Verordnung allen Ersatzklassenmitgliedern der gedachten Art, deren Mitgliedschaft infolge des Dienstes erloschen und demnächst nicht wieder aufgenommen ist, die Befugnis ein, binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat in die Versicherung bei ihrer Ersatzklasse wieder einzutreten. Damit wird auch für die Ersatzklassen jenem Grundsatz Geltung verschafft, der durch das Gesetz vom 4. August 1914 und durch die Bekanntmachung vom 28. Januar 1915 für die Krankenkassen durchgeführt ist und dahin geht: niemand soll durch die Leistung von Kriegsdiensten hinsichtlich der Anwartschaft geschädigt, die ganze Kriegsdauer also insoweit hinterher als nicht vorhanden betrachtet werden.

* **Die neuen Briefmarken.** Die erhöhten Portosätze für Briefe und Postkarten, für Telegramme, Postanweisungen und andere postalische Sendungen sind von Mitternacht des 31. Juli an in Anwendung zu bringen, andernfalls wird Strafporto erhoben. Die neuen Marken — die 2½-Pfennig-Marke, die vom 1. August an zusammen mit der 7½- und der 15-Pfennig-Marke in die Erscheinung treten soll — sind inzwischen von der Reichsdruckerei hergestellt worden. In ihrem Bilde unterscheiden sich die neuen Marken nicht wesentlich von den bisherigen; nur, daß der Kopf der Germania sich nicht von einem schraffierten, sondern von einem weißen Hintergrunde abhebt — das ist die einzige Neuerung. Die Farben sind: grau für die Marke zu 2½ Pfennig, rotgelb für die zu 7½ Pfennig und gelbbraun für die zu 15 Pfennig. Die Marken zu 2½ Pfennig sind nur als Ergänzungsmarken gedacht, z. B. wenn man eine Postkarte, die bisher 5 Pfennig und künftig 7½ Pfennig kostet, richtig frankieren will. Die zu 2½ Pfennig werden also in absehbarer Zeit wieder verschwinden, das heißt, wenn die alten Bestände an 5-Pfennig-Marken und 5-Pfennig-Postkarten aufgebraucht sind.

— **Leuerungszulagen.** Die Stadt Solingen hat die bisherigen Leuerungszulagen ihrer geringer bezahlten Beamten verdoppelt und die Gehaltsarenae für Zwiaken von 2100 Mark auf 2500 Mark erweitert. Es erhalten Ledige und Berufene bis zu 2500 Mark Einkommen monatlich

FABRIK-ANSICHT



Galem Aleikum
(Hohlmundstück)

Galem Gold
(Goldmundstück)

Zigaretten.

Etwas für Sie!

Preis: NI 3 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pfd. Stück

einschließlich Kriegsaufschlag.

Oriental Tabaku Cigaretten-Fabrik
Königsbrunn Dresden

Jnh. Hugo Zietz
Hoflieferant S.M.
d. Königsbrunn Dresden

Trustfrei!

